



Tages- und Wochenkarten bei LVB und MDV ab sofort gleitend - Monatskarten folgen 2012

Wie in jedem Jahr hoben Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) und Mitteldeutscher Verkehrsverbund (MDV) auch im August 2011 die Fahrpreise an. Im Gegensatz zu den letzten Jahren gab es in diesem Jahr jedoch eine weitere Änderung: Tages- und Wochenkarten sind nicht mehr starr einen Kalendertag bzw. eine Kalenderwoche gültig, sondern 24 Stunden bzw. 7 Tage ab Entwertung. Damit kommen LVB und MDV einer Forderung der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat nach, die von der Ratsversammlung im Juni 2010 auf Antrag der Liberalen beschlossen wurde.

Im kommenden Jahr sollen

auch die Monatskarten folgen. Diese wären dann nicht mehr vom ersten bis zum letzten Tag eines Kalendermonats gültig, sondern beispielsweise vom 14. Tag eines Monats bis einschließlich zum 13. Tag des Folge-monats.

Bereits vor einigen Jahren hatte der Stadtrat solche gleitenden Zeitkarten gefordert. Passiert war jedoch nichts. Daher startete die FDP-Fraktion 2010 einen neuen Anlauf, der von einer breiten Stadtratsmehrheit unterstützt wurde. Kurz vor Beschluss in der Ratsversammlung sprachen sich in einer TED-Umfrage der Leipziger Volkszeitung mehr als 90% der Anrufer für die neuen

Zeitkarten aus.

"Mit den neuen Zeitkarten wird Leipzigs Nahverkehr deutlich attraktiver", fasst FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth zusammen, "der Anreiz, zum Beispiel im Winter nicht nur für einen Schlechtwettertag, sondern gleich für eine ganze Woche oder einen ganzen Monat vom Auto auf Bus und Bimmel umzusteigen, wird größer. Damit erhöht sich auch die Chance, dass aus Gelegenheitsnutzern dauerhafte LVB-Kunden werden. Dafür muss man noch nicht einmal die Bedingungen für Autofahrer verschlechtern."

Zeitkarten der Leipziger Verkehrsbetriebe (MDV-Zone 110):

Tageskarte - 5,00 Euro

Gültigkeit: 24 Stunden ab Entwertung

Wochenkarte - 18,80 Euro

Gültigkeit: 7 Tage ab Entwertung

Monatskarte - 55,20 Euro (im Abo 46,92 Euro)

Gültigkeit: fester Kalendermonat

10-Uhr-Monatskarte - 43,60 Euro (im Abo 37,06 Euro)

Gültigkeit: fester Kalendermonat; täglich von 10 Uhr bis Folgetag 4 Uhr

Sparling-Monatskarte - 27,50 Euro (im Abo 23,38 Euro)

Gültigkeit: fester Kalendermonat; täglich von 10 bis 15 Uhr und 19 bis 1 Uhr d. Folgetages

FDP: Digital-Zeitalter

Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat hat dem Stadtrat die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Digitalen Dokumentenmanagementsystems vorgeschlagen. Mit diesem System soll schrittweise der Umstieg zur papierlosen Stadtratsarbeit gelingen. Einen entsprechenden Antrag brachten die Liberalen in der Sommerpause in den Stadtrat ein.

„Die Kritik an der Verteilung der Unterlagenpakete für den Landschaftsplan bestätigt uns in dieser Auffassung“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth. Im August erhielt jeder Stadtrat ein Unterlagenpaket von etwa 2 Kilogramm Gewicht. Den Mitgliedern der Stadtbezirks- und Ortschaftsbeiräte wurden die Unterlagen als Paket nach Hause geschickt.

Bereits in seiner Haushaltsrede Anfang des Jahres 2011 hatte Hesselbarth angekündigt, dass sich seine Fraktion mit dem Thema der digitalen Stadtratsarbeit beschäftigen werde. „Wir haben in den letzten Monaten viel recherchiert und uns andere Städte auch außerhalb Deutschlands angesehen“, fasst der Liberale zusammen und ergänzt: „Die Herausforderung liegt dabei darin, dass die existierenden oder in Erstellung befindlichen Systeme untereinander kaum vergleichbar sind. Überall gibt es aufgrund unterschiedlicher gesetzlicher und satzungsrechtlicher Regelungen andere Herangehensweisen. Daher macht es Sinn, dass die Fraktionen gemeinsam mit der Verwaltung ein Anforderungsprofil

erarbeiten. Auf der Basis kann dann eine Diskussion in Stadtrat und Verwaltung stattfinden, an deren Ende die Ausschreibung von Programmierung und ggf. Schulung steht.“

Hesselbarth verweist auf eine Anfrage seiner Fraktion aus dem Mai 2011. In der Antwort räumte der Oberbürgermeister ein, dass pro Jahr schätzungsweise 1,1 Millionen Blatt Papier für die Stadtratsarbeit benötigt werden. Für Material, Druck und Personal entstehen so Kosten von rund 100.000 Euro. Hinzu kommen Kosten für den jährlichen Haushaltsplan und die Jahresrechnung von etwa 46.000 Euro. „Alles in allem sprechen wir also Jahr für Jahr über etwa 2 Millionen Blatt Papier und etwa 150.000 Euro Kosten.“

Anfrage bestätigt: Junge Eltern

Auf Anfrage der FDP im Stadtrat wurde öffentlich: Termine beim Leipziger Jugendamt, etwa zur Beurkundung einer Vaterschaftsanerkennung vor Geburt eines Kindes unverheirateter Paare, werden aktuell mit einer Vorlaufzeit von 15 Wochen (!) vergeben. Schneller geht das auf dem Standesamt Leipzig, wo man "schon" nach durchschnittlich 3 Wochen einen Termin bekommt - bspw. für

die Geburtsurkunde eines Kindes. Hier müsse - so führte Sozialbürgermeister Fabian aus - aber noch eine Woche hinzugerechnet werden, die das Krankenhaus für die Meldung Zeit habe. Anders beim Elterngeld: Hier beträgt die durchschnittliche Bearbeitungszeit 50 Tage. Rechnet man die Zeiten zusammen, so sind es insgesamt fast drei Monate nach der Geburt bis zur Zahlung des Eltern-

geldes. Der Mutterschutz endet jedoch schon vier Wochen früher. "Die Bearbeitungszeit ist zu lang", konstatiert FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth und ergänzt: "Und die Wartezeit auf einen Termin von 15 Wochen - das sind fast 4 Monate - ist vollkommen inakzeptabel."

Auch der Bürgermeister Fabian zeigt sich mit den Zahlen unzufrieden und stellte vorsorglich einige wenige

im Stadtrat beginnen!

Das entspricht 2.100 Euro pro Stadtrat und Jahr. Ich bin überzeugt, dass wir mit Einführung der digitalen Stadtratsarbeit die Kosten in sehr kurzer Zeit massiv senken können."

Eine Absage erteilt die FDP-Fraktion einer schlichten Änderung in der Art der Verteilung der Unterlagen. "Den Stadträten einfach einen Laptop in die Hand zu drücken und ihnen die Vorlagen nur noch digital zur Verfügung zu stellen, bringt wenig. Der Umgang mit den Dokumenten wird eher komplizierter als einfacher", so Hesselbarth, "aktuell wird eine Beschlussvorlage im elektronischen Ratssystem in zahlreiche einzelne PDF-Dokumente aufgeteilt: eine Datei für das Beschlussdeckblatt, eine Datei für die

inhaltliche Begründung und je eine Datei für jede Anlage." Hinzu kämen weitere Einzeldateien für Planzeichnungen oder Begründungen für die Eilbedürftigkeit sowie für jeden Änderungs- und Ergänzungsantrag. Reik Hesselbarth: "So wird die digitale, papierlose Arbeit mit den Dokumenten bis zur Unmöglichkeit erschwert. Daher müssen wir in einem ersten Schritt an die Ablaufstrukturen heran. In einem zweiten Schritt muss dann ein elektronisches System eingerichtet werden. Vor dem Hintergrund, dass bereits heute verschiedene Betriebssysteme von den Stadträten genutzt werden, ist klar, dass es sich um ein plattformunabhängiges System handeln muss. Egal ob Windows, Linux und Ma-

cOS - es muss unter allen Betriebssysteme funktionieren, bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung, in den Fraktionsgeschäftsstellen, bei den Stadträten daheim aber auch unterwegs von mobilen Endgeräten."

"Wir sind überzeugt, dass mit der Einführung eines solchen Systems nicht nur Stadtrat und Verwaltung profitieren. Auch die Öffentlichkeit kann über ein verbessertes Elektronisches Ratssystem leichter an Informationen gelangen. Aktuell sind Weiterentwicklungen jedoch aufgrund des dahinterstehenden Datenbanksystems echte Grenzen gesetzt. Auch das wollen wir in der Erarbeitung des Anforderungsprofils berücksichtigen", so Hesselbarth abschließend.

müssen in Leipzig lange warten

zusätzliche Stellen im Jugendamt ab 2012 in Aussicht. Für die Liberalen angesichts der weiter steigenden Geburtenzahlen in Leipzig nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Demnach geht der FDP-Fraktionsvorsitzende mit der Stellenaufstockung weniger von einer Verkürzung der Wartezeiten denn von einer Stabilisierung des Status quo der zu langen Wartezeiten aus.

"Der Problematik mit den

Wartezeiten nicht genug. Das Jugendamt verschickt bei Beantragung des Elterngeldes zudem keine Eingangsbestätigungen für sensible Unterlagen wie Gewinn- und Verlustrechnungen von Selbstständigen oder Steuerbescheiden", berichtet Hesselbarth aus Bürgergesprächen.

Hier kommt die von der FDP initiierte und im Stadtrat beschlossene Verwaltungsstrukturreform ins

Spiel. Sie sieht strukturelle Verbesserungen in der Ablauforganisation der Ämter vor. "Nach Aussage von Bürgermeister Fabian gab es in der Auflistung der Tätigkeiten für die Bearbeitung keine nennenswerte EDV-Einbindung. Da liegt aber eine echte Chance, Mitarbeiter zu entlasten, die sich dann um die Beratung und Prüfung der Anträge kümmern können", so Hesselbarth.

LWB-Eigentümerziele: Fokus

In der Ratsversammlung am 24. August wurden die Eigentümerziele für die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) beschlossen. Vorausgegangen war ein Abstimmungsmarathon, denn es lagen insgesamt 18 Änderungs- und Ergänzungsanträge sowie zwei Änderungsanträge zu Ergänzungsanträgen vor. Die LWB ist eine einhundertprozentige Tochter der Stadt Leipzig. Zu ihrem Kernbestand gehören mit Stand 31. Dezember 2010 insgesamt 38.423 vermietbare Wohnungen. Knapp zwei Drittel davon sind komplett saniert. Das Geschäftsergebnis der letzten Jahre war durchweg negativ. "Das Problem hierbei ist das Finanzergebnis, dass das Betriebsergebnis in den letzten Jahren jeweils mit weit mehr als 30 Millionen belastet hat", beschreibt René Hobusch, stellvertretender Vorsitzender

der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat und Mitglied im LWB-Aufsichtsrat die Situation, "liquide ist das Unternehmen nur, weil die Stadt mit weit mehr als 300 Millionen Euro für die LWB bürgt." Dies kritisierte auch die Landesdirektion als Rechtsaufsichtsbehörde mehrfach in den Genehmigungsbescheiden für den Haushalt der Stadt. Hobusch beschrieb in seiner Rede zu den Eigentümerzielen im Stadtrat, dass die Stadt der LWB immer mehr Aufgaben übertrage: "Die LWB soll beim Stadtumbau helfen. Die LWB soll Segregation - also die Entmischung von Wohngebieten - verhindern. Die LWB soll die städtische Öko-Bilanz aufpolieren, Sozialberatung durchführen und und..." Dies entlastete zwar die Stadt, aber "es belastet einen Patienten, für den die Stadt bereits lebenserhalten-

de Maßnahmen in Form von Bürgschaften eingeleitet hat."

Um das Unternehmen wieder in ruhiges Fahrwasser zu bekommen und auf eigene Beine zu stellen, sei es nötig, dies jetzt "konsequent auf die Arbeit mit seinem Kernbestand zu konzentrieren. Dazu gehört zu allererst, das verbliebene Drittel nicht oder nur teilweise sanierter Wohnung anzugehen. Gleichzeitig muss die LWB auf die betriebswirtschaftliche Stabilisierung und die liquiditäts- und ertragsseitige Sicherung ausgerichtet werden." Die FDP-Fraktion forderte weiter, dass Aufträge des Unternehmens nach Möglichkeit an die regionale Wirtschaft vergeben werden. "Dies ist zwar weithin gelebte Praxis im Unternehmen. Ein Eigentümerziel war es bislang jedoch nicht." Zur Verantwortung

Verwaltung: Bei eigenem Zeitpensum verkalkuliert

Seit 01. Juli 2011 warten die Leipziger nun auf die vollumfängliche Offenlegung aller Gebühren- und Entgeltordnungen im elektronischen Ratsinformationssystem (eRis), wie auf Initiative der FDP von der Mehrheit des Stadtrates beschlossen. Dabei hatte die Verwaltung selbst diesen Stichtag als realistisch für die vollständige Publikation

vorgeschlagen.

Da auch vier Wochen nach dem Termin keine Informationen verfügbar waren, stellten die Liberalen im Stadtrat eine Anfrage zum Stand der Umsetzung. Die Bilanz stellte die Verwaltung in der August-Ratssitzung wie folgt dar: Von insgesamt 35 Gebühren- und Entgeltordnungen sind bis-

her 24 mit kalkulierten Gebühren und Entgelten einsehbar. Erst jetzt im August befasste sich der OBM mit der Frage, wie mit den Kalkulationen der noch ausstehenden Gebühren- und Entgeltordnungen zu verfahren sei. Danach würden die Stadträte im Fachausschuss Allgemeine Verwaltung mit der Vorlage befasst. ■

auf echte Stabilisierung legen

gegenüber der regionalen Wirtschaft gehöre es aber auch, dass das durch Bürgschaften gesicherte Unternehmen sich auf dem freien Markt außerhalb seines Kerngeschäftes zurückhalte. René Hobusch: "Kein Leipziger Unternehmer versteht es, dass die LWB mit ihren ausgegründeten Töchtern Hausmeisterdienste, Immobilienverwaltung oder Versicherungen anbietet." Hier gebe es zahlreiche Unternehmen auf dem freien Markt, die ohne kommunale Bürgschaften auskommen müssten und sich täglich neu im Geschäftsleben beweisen müssen. "Wenn ein kommunales Unternehmen hier ebenfalls einsteigt, verzerrt es den Markt - erst recht, wenn Private in ähnlicher Situation vielleicht längst den Gang zum Insolvenzverwalter hätten antreten müssen." Auch die Nutzung der LWB als Bau-

träger für die Stadt erteilten die Liberalen eine Absage: "Das ist kein Kerngeschäft. Darüber hinaus gibt es auch hier zahlreiche kompetente Unternehmen in der Stadt, die das nicht nur nebenbei machen, um ein paar Euro zu verdienen - oder eben auch nicht", so der FDP-Stadtrat weiter.

Nach Beschlussfassung der Änderungswünsche der Fraktionen war klar, dass sich die Liberalen zwar mit einem stärkeren Fokus auf die betriebswirtschaftliche Stabilisierung und der Auftragsvergabe an die regionale Wirtschaft durchgesetzt hatten. Der Ausschluss wirtschaftlicher Betätigung mit Nebendienstleistungen fand jedoch ebenso wenig eine Mehrheit wie die Absagen an die Bauträgerfähigkeit für die Stadt. Auf Wunsch anderer Fraktionen wurde eine Fokussierung in die Eigentümerziele auf öko-

logische Sanierungen aufgenommen. Ebenso soll das Unternehmen neue Wohnquartiere - auch mit Fokus auf Ökologie - entwickeln. Hobusch bezeichnete dies als "Wunschkonzert": "Wenn der Fokus auf einer betriebswirtschaftlichen Sicherung liegt, können diese Ziele nicht angegangen werden. Werden sie dennoch berücksichtigt, verabschiedet man sich zwangsläufig von der wirtschaftlichen Stabilisierung des Unternehmens bis 2014, wie in den Eigentümerzielen angestrebt. Beides - Wunschträume und Stabilisierung - lässt sich aktuell nicht zusammenbringen." In der namentlichen Schlussabstimmung stimmten alle Stadträte der FDP daher den Eigentümerzielen nicht zu, sondern enthielten sich.

Fáilte go dtí Leipzig - Willkommen in Leipzig, Ryanair

Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat begrüßt den Vertragsabschluss zwischen dem Flughafen Leipzig/Halle und Ryanair. Die irische Fluglinie wird ab Herbst diesen Jahres täglich London und mehrmals wöchentlich Rom ansteuern. Gerade vor dem Hintergrund deutlich reduzierter Verbindungen von Ryanair

ab Deutschland sei dies ein echter Erfolg für das Flughafenmanagement, so Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth. Auch in Hinblick auf die Flughafenkonkurrenz in Berlin sei der Vertrag ein deutliches Signal. Den Passagieren aus Mitteldeutschland steht damit erstmals seit 2008 wieder eine Direktverbindung von

Leipzig/Halle nach London zur Verfügung. Rom wird erstmalig angefliegen. Nach Angaben des Flughafenmanagements sei bei einer positiven Entwicklung geplant, das Angebot deutlich zu erweitern. Beide Seiten strebten eine langfristige und wirtschaftliche Zusammenarbeit an. ■

Factory Outlet Center Wiedemar: Verwaltung sollte Klage endlich zurückziehen

Nachdem auch Halle seine Klageabsicht gegen das geplante Factory-Outlet-Center in Wiedemar fallen gelassen hat, steht Leipzig nun allein auf weiter Flur. Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat bekräftigt daher ihre Ansicht, dass auch Oberbürgermeister Jung nun endlich zur Vernunft kommen und die Klage der Stadt zurückziehen soll. "Der Widerstand gegen das FOC an der Autobahn A9 ist zu recht zusammengebrochen", so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Liberalen Isabel Siebert. "Nur Leipzig schaltet weiterhin auf stur.

Damit nimmt der Oberbürgermeister in Kauf, den Standort Sachsen zu gefährden."

Siebert verwies in dem Zusammenhang auch auf das Ziel des Oberbürgermeisters, die Arbeitslosenquote deutlich zu senken: "Burkhard Jung will in diesem Jahr eine Zehn vor dem Komma in der Statistik haben. Um das zu erreichen, dürfen Investitionen in unserer Region nicht weiter aus ideologischen Gründen verhindert werden. Es wird Zeit für pragmatische Politik, die sich an den Lebenswelten der Menschen orientiert.

Es kommt ja auch niemand auf die Idee, das Internet zu verbieten, nur weil man dort Einkaufsschnäppchen machen kann." Nach Betreiberangaben erwartet das FOC jährlich bis zu 1,5 Millionen Kunden aus ganz Mitteldeutschland. Siebert: "Das sind eine Menge potentieller Gäste für Leipzigs Kultur, Hotels und Restaurants, die wir nicht einfach an der Autobahn stehen lassen sollten." Die FDP-Fraktion hat sich in der Vergangenheit mehrfach dafür ausgesprochen, die Klage gegen das Outlet-Center fallen zu lassen.

Stadtrat will PPP-Modellprojekt bei Leipzigs Schulen wieder aufnehmen

Der Stadtrat hat sich nach hitziger Debatten für die Wiederaufnahme des Modellprojektes zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (englisch: Public Private Partnership - kurz: PPP) ausgesprochen. In seinem Redebeitrag in der Ratsversammlung betonte FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth, dass PPP zwar kein Allheilmittel aber geeignet sei, den Sanierungsstau an einigen Gebäuden zu beseitigen. Dazu solle man PPP nicht als reines Finanzierungsmittel betrachten, sondern als Partnerschaft zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft. Zuvor

hatte die Linksfraktion ausgeführt, dass dieses Modellprojekt mit den Cross-Boarder-Leasing-Verträgen vergleichbar seien, woraufhin zahlreiche Stadträte nur mit dem Kopf schüttelten.

Aktuell ist geplant, gemeinsam mit der Universität die PPP-Idee wieder auf- und gemeinsam unter die Lupe zu nehmen. "Jede Idee braucht Vorarbeit bis man in die Umsetzungsphase kommt: Zuallererst muss man sich das Projekt genau ansehen und sich damit beschäftigen", so Hesselbarth. Dies würde nun passieren. Eine Vorentscheidung, ob PPP in weiten

Teilen zum Einsatz käme, sei dies jedoch nicht.

Erfreut zeigte sich die FDP-Fraktion, dass der Wunsch der Grünen, die Prüfung nur für eine Partnerschaft mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft LWB zu prüfen, keine Mehrheit fand. Hesselbarth: "Die LWB tragen bereits jetzt erhebliche Verbindlichkeiten und damit Risiken vor sich her. Die Einbindung in ein städtisches PPP-Projekt ist nichts anderes als ein Kredit-schattenhaushalt zu Lasten des Unternehmens und daher eine wirklich abenteuerliche Vorstellung."

Den Oberbürgermeister nicht aus Verantwortung entlassen

Der Verkauf von herrenlosen Grundstücken bleibt ein heißes Thema. Zur Aufklärung der Vorgänge wurde der Vorschlag eingebracht, einen Akteneinsichtsausschuss zu bilden. Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat sieht dies jedoch kritisch. "Die Einsetzung eines separaten Ausschusses könnte die Aufklärungsarbeit massiv verzögern", begründet der stellvertretende Vorsitzende der Liberalen im Stadtrat René Hobusch die Auffassung, "denn um mit der Aufklärungsarbeit zu beginnen, müssten sich die ehrenamtlichen Stadträte erst einmal alle 750 Akten erarbeiten." Dabei handele es sich voraussichtlich um mehr als 50.000 Seiten Material, schätzt der FDP-Stadtrat. "Darüber hinaus ist es leider nicht so, dass ein Akteneinsichtsausschuss so etwas wie ein Untersuchungsausschuss ist. Anders als auf Bundes- und Landesebene kann ein solcher Ausschuss auf städtischer Ebene ausschließlich vorhandene Akten lesen." Das Recht, Beteiligte und Betroffene zu hören, stehe ihm jedoch nicht zu. Hobusch bemängelte außerdem, dass bei einem derartigen Ausschuss die gesamte Verantwortung bei der Aufklärung auf den Stadträten liegt. "Die Verwaltungsspitze könnte sich entspannt zu-

rücklehnen und abwarten, was die Stadträte herausfinden." Das sei allerdings kein erstrebenswerter Zustand, zumal somit der Oberbürgermeister immer die Möglichkeit hätte, die Antwort auf Anfragen von allen Seiten mit Verweis auf den entsprechenden Ausschuss zu verweigern. "Ich bin nicht bereit, Burkhard Jung einfach so aus seiner Verantwortung als Verwaltungschef zu entlassen", so Hobusch. Es sei daher begrüßenswert, dass die Aufgabe der Aufklärung an das Rechnungsprüfungsamt übergeben wurde. "Warum auch immer sich Bürgermeister Müller und Oberbürgermeister Jung darauf verständigt haben: Der Schritt ist der richtige! Bei den Rechnungsprüfern sitzen rund um Amtsleiter Hilschensch Fachleute, deren Aufgabe es ist, intensiv zu prüfen." Darüber hinaus erwartet Hobusch von Oberbürgermeister Jung regelmäßige Ausführungen im Rahmen seines Berichtes in der Ratsversammlung. "Im Gegensatz zu einem Akteneinsichts- und zum Rechnungsprüfungsausschuss tagt der Stadtrat öffentlich." Am Ende müsse ein schriftlicher Bericht stehen. Dieser gehöre - gegebenenfalls anonymisiert - auch an die Öffentlichkeit.

Fernbusseverkehr wird liberalisiert

Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat begrüßt die vom Bundeskabinett beschlossene Liberalisierung im Linienverkehr von Fernbussen. "Damit wird die Einrichtung von Fernbuslinien erheblich erleichtert", so der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat Reik Hesselbarth. Somit werde endlich ein wichtiger Schritt in Richtung echter Wettbewerb im Fernverkehr getan. Von der neuen Regelung würden vor allem Menschen mit kleinem Einkommen profitieren. Bereits heute sind die - wenigen - bestehenden Fernbuslinien teils erheblich günstiger als Bahn- und Flugverbindungen auf gleicher Strecke und sicherten so Mobilität auch über große Entfernungen hinweg.

"Jetzt kommt es darauf an, dass wir uns auch in Leipzig darauf einstellen und eine zentrale Anfahrtsstelle für Fernlinienbusse bereithalten", so Hesselbarth weiter. Schließlich sei die Messestadt aufgrund ihrer zentralen Lage in Mitteleuropa als Ziel- oder Haltepunkte ideal. Gut dafür geeignet wäre der Hauptbahnhof. Daher sollte sich die Stadtverwaltung Gedanken über eine Erweiterung der bestehenden Bussteige in Richtung des bisherigen Busparkplatzes Gedanken machen.

Ihre FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat



Fraktionsvorsitzender

Reik Hesselbarth | * 1974 · Geschäftsführer · Wahlkreis 4 (Süd)

Ältestenrat / Betriebsausschuss Kulturstätten / Fachausschuss Finanzen / Fachausschuss Kultur / Verwaltungsausschuss / Bewertungsausschuss (Stv.) / Ehrenrat (Stv.) / Rechnungsprüfungsausschuss (Stv.) / Fachausschuss Sport (Stv.) / Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau (Stv.) / Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit (Stv.) /// Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (BBVL) / Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) / Beirat Bürgerstiftung Leipzig / Kuratorium Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer



Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

René Hobusch | * 1976 · Rechtsanwalt · Wahlkreis 5 (Südwest)

Bewertungsausschuss / Ehrenrat / Fachausschuss Allgemeine Verwaltung / Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau / Grundstücksverkehrsausschuss / Rechnungsprüfungsausschuss / Umlegungsausschuss / Ältestenrat (Stv.) / Fachausschuss Umwelt und Ordnung (Stv.) / Grundstücksverkehrsausschuss (Stv.) / Verwaltungsausschuss (Stv.) /// Aufsichtsrat Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH & Co. Grundstücks-KG (LEVG & Co. KG) / Aufsichtsrat Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH (LEVG) / Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) / Fachforum für integrierte Stadtteilentwicklung



Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Isabel Siebert | * 1977 · Pressesprecherin · Wahlkreis 8 (Nordwest)

Fachausschuss Umwelt und Ordnung / Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit / Betriebsausschuss Jugend, Soziales und Gesundheit (Stv.) / Fachausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule (Stv.) / Grundstücksverkehrsausschuss (Stv.) / Petitionsausschuss (Stv.) / Umlegungsausschuss (Stv.) /// Aufsichtsrat Personelle Unterstützung von Unternehmen Leipzig GmbH (PUUL) / Beirat für die Gleichstellung von Mann und Frau / Verbandsversammlung Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen



Stadtrat

Dr. Arnd Besser | * 1960 · Arzt · Wahlkreis 0 (Mitte)

Betriebsausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit / Fachausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule / Fachausschuss Sport / Petitionsausschuss / Betriebsausschuss Kulturstätten (Stv.) / Fachausschuss Allgemeine Verwaltung (Stv.) / Fachausschuss Finanzen (Stv.) / Fachausschuss Kultur (Stv.) /// Aufsichtsrat Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH (LVB) / Verbandsversammlung Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

Fraktionsgeschäftsstelle: Oliver Dorausch, Fraktionsgeschäftsführer | Stephanie Krahl, Referentin der Fraktion | Christoph Reimann, Studentischer Mitarbeiter

Kontaktdaten: FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat | Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig
Telefon (0341) 123-2187 und -2188, Fax (0341) 123-2186, E-Mail info@fdp-fraktion-leipzig.de

Die Fraktionsgeschäftsstelle finden Sie im Neuen Rathaus auf der Fraktionsebene (1. OG) in Zimmer 101. Sie erreichen uns wochentags i.d.R. zwischen 9 und 17 Uhr, freitags aufgrund der Rathausschließung nur bis 15 Uhr sowie außerhalb dieser Zeiten gern nach Vereinbarung.

In sozialen Onlinenetzen: www.twitter.fdp-fraktion-leipzig.de & www.facebook.fdp-fraktion-leipzig.de

Impressum: Leipziger Liberale Rathauszeitung - Information der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat | Herausgeber: FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat (Kontaktdaten sh. oben) | V.i.S.d.P.: Reik Hesselbarth | Druck: Eigendruck